

# Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zu Beginn des Jahres startete die Presse ihren jährlichen Angriff auf die Kolleginnen und Kollegen im Ruhestand. Diesmal kam die Hetzkampagne ungewöhnlich früh. Normalerweise lesen wir die immer wiederkehrenden Thesen erst im Sommerloch. Es werden Horrorszenarien gezeichnet, wonach die „üppi-gen“ Pensionen unseren Staat in den nächsten Jahren zugrunde richten. Zu den Wortführern gehört immer wieder der angebliche Experte Professor Bernd Raffelhüschen. Er vertritt seit Jahren die Forderung nach einer privaten kapitalgedeckten Altersversorgung für Rentner und Pensionäre. Dabei steht Herr Raffelhüschen selbst immer wieder in der Kritik, da er umfangreiche Nebentätigkeiten in der Versicherungsbranche wahrnimmt. Die Presse wartet mit Durchschnittspensionen auf, von denen viele Kolleginnen und Kollegen nur träumen können. Auch die übrigen Thesen der Presse entstammen in der Regel dem Reich der Fantasie. Auch ein jährliches Wiederholen dieser unwahren Thesen führt nicht dazu, dass diese wahr werden. Wir fordern da-

her, endlich mit diesen Hetzkampagnen aufzuhören. Die Kolleginnen und Kollegen haben ihre Pensionen durch ihren oft mehr als vierzigjährigen Dienst für unseren Staat verdient!

Am 9. Dezember 2010 gab die so genannte Werthebach-Kommission ihren Abschlussbericht zur Sicherheitsarchitektur bekannt. Danach soll die ZUZ mit der GSG 9 unter dem Dach der Bundespolizei zusammengelegt werden. Im Bereich der FKS schlägt die Kommission vor, Fälle schwerer bzw. organisierter Kriminalität durch die Zollfahndung bearbeiten zu lassen. Hierzu wäre die Einrichtung entsprechender Sachgebiete bei den Zollfahndungsämtern erforderlich. Ferner empfiehlt die Kommission in einzelnen Bereichen der Zollverwaltung eine engere Zusammenarbeit, zum Beispiel an den Binnengrenzen, mit den Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei. Eine Zerschlagung bzw. Spaltung der Zollverwaltung hat die Kommission ausdrücklich abgelehnt. Zum einen würde dies neue Schnittstellen schaffen, ferner wäre eine Änderung des Grundgesetzes erforderlich. Im Rahmen der Sitzung des BDZ Bundesvorstandes im Februar 2011 berichtete der Präsident des ZKA a. D. Karl-Heinz Matthias, Mitglied der Kommission, aus der Arbeit der Kommission und erläuterte, wie einzelne Empfehlungen entstanden sind. Zur Umsetzung der Empfehlungen der Werthebach-Kommission wurden im



> Christian Beisch

Bundesinnenministerium Projektgruppen gebildet. In die Arbeit der Projektgruppe, die sich mit den Empfehlungen befasst, die auch die Zollverwaltungen betreffen, sind unser Bundesvorsitzender Klaus H. Leprich sowie unser Vorsitzender des Hauptpersonalrats Dieter Dewes eingebunden. Unabhängig von den Empfehlungen der Werthebach-Kommission sind deutliche Verbesserungen, wie im Leit Antrag des BDZ Gewerkschaftstages gefordert, für die Kolleginnen und Kollegen, insbesondere des Vollzugsbereichs, durchzusetzen.

Nachdem nun die letzte Beurteilungsrunde abgeschlossen ist und die Beurteilungen fast allen Kolleginnen und Kollegen ausgehändigt worden sind, ist es nun an der Zeit, die BRZV zu evaluieren. Insbesondere die Anlage I hat viele Kolleginnen und Kollegen verletzt und demotiviert. Hier bedarf es einer kompletten Überarbeitung. Diese hat das BMF bereits zugesagt und wird dies gemeinsam mit unserem HPR tun.

Nachdem im Dezember 2010 die ersten Beförderungen seit

fast einem Jahr ausgesprochen wurden, hatten viele Kolleginnen und Kollegen die Befürchtung, dass nun lange Zeit nichts passieren würde. Wie im Februar bekannt wurde, sind die Planstellenhebungen für den mittleren Dienst in den Bundeshaushalt aufgenommen worden. Nach Angabe des BMF ergeben sich darauf circa 1 800 Beförderungsmöglichkeiten. Ferner teilte das BMF nach einer Besprechung mit HPR-Vertretern mit, dass rückwirkend zum 1. Januar 2011 27 Kolleginnen und Kollegen des einfachen Dienstes, 767 Kolleginnen und Kollegen des mittleren Dienstes und 271 Kolleginnen und Kollegen des gehobenen Dienstes befördert werden können. In einzelnen Besoldungsgruppen werden Kolleginnen und Kollegen mit der Beurteilungsnote 10 Punkte befördert werden können.

Viele Kolleginnen und Kollegen, insbesondere der Besoldungsgruppe A 8, haben leider noch keinen höherwertigen Dienstposten und können daher auch noch nicht befördert werden. Deshalb fordern wir erneut die Ausschreibung aller eingerichteten höherwertigen Dienstposten, damit auch diese Kolleginnen und Kollegen nach abgeleiteter Probezeit die Chance auf eine Beförderung haben.

Die Zollverwaltung muss endlich wieder zu geregelten und regelmäßigen Ausschreibungen zurückkehren.

Ihr

Christian Beisch  
Bezirksvorsitzender

## Impressum:

Redaktion:  
Bezirksleitung des  
BDZ-Bezirksverbands Nord,  
Christian Beisch (v.i.S.d.P.)

BDZ-Bezirksverband Nord  
Mönkedamm 11  
20457 Hamburg  
Telefon 040.5118733  
Fax 040.36099968  
E-Mail: [bvnord@bvnord.de](mailto:bvnord@bvnord.de)  
Internet: [www.bvnord.de](http://www.bvnord.de)

# Vereinbarkeit von Familie und Beruf – ein Schlüssel erfolgreicher Personalpolitik

Durch die demografische Entwicklung wird es in den nächsten Jahren immer schwieriger werden, qualifiziertes Personal zu gewinnen. Junge Menschen verlangen nicht nur einen interessanten Arbeitsplatz, attraktive Bezahlung und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten, sondern auch einen Arbeitsplatz, an dem sie Familie und Beruf vereinbaren können. Der Familienfreundlichkeit kommt somit auch bei Behörden ein immer größerer Stellenwert zu.

Das Bundesministerium der Finanzen hat diesen Trend bereits erkannt und sich daher bereits im Juni 2009 von der unabhängigen Hertie-Stiftung als familienfreundlicher Betrieb zertifizieren lassen. Dieses Zertifikat gibt es natürlich nicht ohne entsprechende Maßnahmen. So musste das BMF das audit „familieundberuf“ der Hertie-Stiftung durchlaufen. Zu den Maßnahmen, die erforderlich sind, um das Zertifikat zu er-

halten, gehören flexible Arbeitszeitmodelle, Jobsharing und auch Telearbeit. Auch Eltern-Kind-Büros und die Sicherung von Belegplätzen in Kindertagesstätten zählen zu den vielfältigen Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Arbeitsanforderungen und Familienleben. Die Teilnahme am audit geht auf einen Kabinettsbeschluss aus dem Jahr 2008 zurück.

Der Zertifikat erhält man nur, wenn die Behörde/Betrieb systematisch den Status quo der bereits vorhandenen Maßnahmen zur Verbesserung von Beruf und Familie erfasst und Potenziale erkennt, wie noch mehr für Familienfreundlichkeit getan werden kann. Das Zertifikat muss jährlich erneuert werden. Geprüft wird dann, ob die praktische Umsetzung der Verbesserungsvorschläge gelingt. So sollen Behörden und Betriebe Schritt für Schritt familienfreundlicher gemacht werden.

Dass sich Familienfreundlichkeit für Betriebe und Behörden lohnt, wurde bereits durch diverse Studien belegt. Die Beschäftigtenzufriedenheit und Motivation wächst und die Beschäftigten fühlen sich stärker an ihren Arbeitgeber gebunden. Das BMF hat bereits angekündigt, sein Angebot auszubauen und damit noch familienfreundlicher zu werden.

Wir sind der Auffassung, dass das BMF damit den richtigen Weg eingeschlagen hat, um sich erfolgreich den Herausforderungen auf diesem wichtigen Sektor zu stellen.

## ► Doch wie sieht es im nachgeordneten Bereich aus?

Es gibt vereinzelt Eltern-Kind-Büros. Dieses besondere Büro wurde vor ein paar Jahren erstmals beim Hauptzollamt Stralsund eingerichtet und wurde zu einem vollen Erfolg. Doch die Anzahl der bisher eingerichteten Eltern-Kind-Büros reicht bei weitem nicht aus.

Belegplätze in Kindertagesstätten werden durch die Verwaltung bisher nicht angeboten. Allerdings hat die BFD Nord begonnen, sich um dieses Thema zu kümmern und erste Informationsveranstaltungen von entsprechenden Anbietern besucht. Im September 2009 hatte der BV Nord bereits eine Abfrage in Hamburg gestartet, um den Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen unter den Kolleginnen und Kollegen zu ermitteln. Eine deutliche Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen wünschte sich nicht nur eine Notfallversorgung ihrer Kinder. Viele Kolleginnen und Kollegen gaben an, dass sie sich eine dauerhafte Betreuungseinrichtung wünschen würden, die ihren Dienstzeiten entspricht. Dies würde die Gründung eines eigenen Betriebskindergartens erforderlich machen.

Auch das Thema Telearbeit ist für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von zentraler Bedeutung. Die Genehmigung von Telearbeit obliegt den Hauptzollämtern. Nicht zu verkennen ist, dass zahlreiche Dienstposten/Arbeitsplätze in unserer Verwaltung nicht für die Telearbeit geeignet sind. Dementsprechend



schwankt auch die Quote der bewilligten Telearbeitsplätze je nach Dienststelle.

Viele Kolleginnen und Kollegen haben dabei ein Modell gewählt, wonach sie zwei Tage ihren Dienst auf der Dienststelle verrichten und an drei Tagen zuhause. Dieses Modell hat sich in der Vergangenheit sehr bewährt. Doch in letzter Zeit hören wir immer öfter, dass dieses Telearbeitsmodell nicht verlängert wird, sobald die bestehende Vereinbarung ausläuft. Einige Dienststellen sind nur noch bereit ein Modell zu bewilligen, bei dem die Kolleginnen und Kollegen drei Tage ihren Dienst auf der Dienststelle verrichten und an zwei Tagen zuhause. Dies bringt für viele Betroffene Probleme in der Kinderbetreuung und ist daher auch nicht geeignet, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern.

Für diese Handlungsweise fehlt uns jedes Verständnis und wir hoffen, dass die jeweiligen Dienststellen hierüber noch einmal nachdenken und die bewährten Modelle weiterhin genehmigen.

Auch die Bewilligung von Teilzeitbeschäftigung kann ein Instrument zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein. Viele Kolleginnen und Kollegen mit Familienpflichten sind darauf angewiesen, um die Betreuung ihrer Kinder zu gewährleisten. Häufig sind die Kolleginnen und Kollegen darauf angewiesen, dass sie zu einer bestimmten Uhrzeit ihren Dienst beginnen oder beenden. Häufig ist es auch erforderlich, dass die Betroffenen an bestimmten Wochentagen frei haben. Dies war nach unserem Kenntnisstand in der Vergangenheit auch kein

Problem. Leider haben wir von Kolleginnen und Kollegen vereinzelt gehört, dass nun auch entsprechende Teilzeitbewilligungen nicht verlängert werden und die Kolleginnen und Kollegen zwar weiterhin in Teilzeit arbeiten können, allerdings nur im Rahmen eines Schichtplanes, so dass sie jeweils eine volle Schicht ableisten müssen. Auch für dieses Vorgehen fehlt uns jegliches Verständnis, da für die betroffenen Beschäftigten, insbesondere bei Alleinerziehenden, die Kinderbetreuung quasi unmöglich wird. Die Versetzung in eine andere Dienststelle, gegebenenfalls an einem anderen Dienort, ist dann auch keine Lösung. Familienfreundlich ist das mit Sicherheit nicht!

Da wir die Auffassung vertreten, dass im nachgeordneten Bereich die gleichen Maßnah-

men zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wie im BMF angewendet werden sollten, haben wir folgenden Antrag an den Gewerkschaftstag des BDZ gerichtet:

*„Die Bundesleitung setzt sich für eine Verbesserung der Kinderbetreuung in der Bundesfinanzverwaltung sowie ein familienfreundlicheres Arbeitsumfeld ein. Dabei sind die Anforderungen des Zertifikats „audit berufundfamilie“ der gemeinnützigen Hertie-Stiftung zugrunde zu legen.“*

Dieser Antrag wurde einstimmig von den Delegierten des Gewerkschaftstages angenommen.

Wir bleiben weiter am Ball, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, denn es ist ein großes Verbesserungspotenzial vorhanden. ■

## Ortsverband Stralsund sammelt für Kindertisch

Nun schon zum dritten Mal sammelten die Mitglieder des Ortsverbandes Stralsund des BDZ – Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft – beim Hauptzollamt Stralsund auf ihrer Weihnachtsfeier für den Kindertisch Stralsund. In diesem Jahr kamen 210 Euro für die Kinder zusammen, die am 14. Dezember 2010 übergeben wurden. Die derzeit etwa 18 Kinder beim Kindertisch wollen ihre Weihnachtsfeier in

den nächsten Tagen feiern. Für die Ausrichtung ist jede Spende herzlich willkommen. Entsprechend groß war die Freude bei den bei der Übergabe der Spende anwesenden Kindern und Betreuern.

G. Lindner



Kinder des Stralsunder Kindertischs mit dem Spendenscheck. >

## Hoffnungszeichen

Ein eben solches Zeichen wollten Beschäftigte des Service-Centers setzen als sie erfuhren, dass zahlreiche Kinder im Alter von anderthalb bis neunzehn Jahren das Weihnachtsfest als Patienten auf der onkologischen Kinderstation des Universitätsklinikums Rostock verbringen müssen. Angeregt durch eine Tombola anlässlich des Gewerkschaftstages des BDZ in Magdeburg wurde beschlossen, einen Weihnachtsbasar zu veranstalten, bei dem gut erhaltene Bücher, DVDs und Spielzeug aller Art an den Mann bzw. die Frau gebracht werden sollten. In der Folge waren viele „gute“ Hände im Haus an den Vorbereitungen beteiligt. Am 1. Dezember 2010 war es dann soweit. Nachdem Frau von Oesen



> Gespendete Bücher

als Leiterin des Service-Centers gemeinsam mit ZOAR Rühse (Aufgabenbereichsleiter RF 43) wahrhaft „schneidiges Führungsverhalten“ an der gesponserten Torte an den Tag gelegt hatte, eröffnete sie den Basar. Ab 9:00 Uhr wechselte dann jede Menge Spielzeug (oft nach vorherigem ausführ-

lichem „Bespieltest“ durch die Käufer), viele Bücher und anderes mehr den Besitzer. Aber auch für das leibliche Wohl wurde gut gesorgt. Der aus den Reihen der Beschäftigten zur Verfügung gestellte Kuchen fand – nicht zuletzt wegen der ausgezeichneten Promotion einzelner Kollegen – geradezu reißenden Absatz. Nachdem auch das

letzte Los der Tombola verkauft war, trafen sich die Organisatoren zu einem abschließenden Kaffee und konnten ein tolles Spendenergebnis feststellen. Wegen der unerwartet hohen Summe von insgesamt 1 703,38 Euro war es möglich, neben der Kinderonkologie auch das Rostocker Hospiz und die Aktion „Helfen bringt Freude“ der



> Heiko Look und Astrid Gierke mit dem BDZ-Kuchen.

Ostseezeitung finanziell zu unterstützen. Allen Beteiligten – insbesondere auch den Kollegen der anderen in der Liegenschaft tätigen Behör-

den – sei an dieser Stelle nochmals ein herzliches „Danke schön!“ gesagt.

S. Knoth

## Personalratswahl beim HZA Itzehoe

Aufgrund des Rücktritts des Personalrats beim HZA Itzehoe im Herbst des vergangenen Jahres fand am 12. Januar 2011 die erforderliche Neuwahl statt. In dem elfköpfigen Gremium stellt der BDZ drei Vertreter in der Gruppe der Beamten und eine Vertreterin in der Gruppe der Tarifbeschäftigten. Dies sind:

### Gruppe der Beamten



> Mathias Haack



> Peter Schaar



> Oliver Nissen

### Gruppe der Tarifbeschäftigten



> Isa Westphal

Zum Vorsitzenden des Personalrats wurde in der konstituierenden Sitzung Tilman Lewitz von der „Freien Liste der Vernunft“ gewählt. Stellvertretender Vorsitzender ist Mathias Haack von der BDZ-Liste. Die Bezirksleitung des BV Nord gratuliert den gewählten Kolleginnen und Kollegen des neuen Personalrats und wünscht ihnen viel Erfolg bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben. ■

## Jahreshauptversammlung des OV Hamburg-Hafen

Im Januar 2011 trafen sich wieder die Mitglieder des OV Hamburg-Hafen zu ihrer Jahreshauptversammlung im Bürgerhaus Wilhelmsburg. Als Gast begrüßte der Vorsitzende

des OV, Jens-Uwe Adler, den stellvertretenden Vorsitzenden des Bezirksverbandes (BV) Nord und Vorsitzenden des Bezirkspersonalrats bei der BFD Nord, Karl Sommer. Der neu gewählte

stellvertretenden Bundesvorsitzende und Vorsitzende des BV, Christian Beisch, musste die Teilnahme an der Jahreshauptversammlung wegen einer Sitzung der Bundesleitung absa-

gen. Jens-Uwe Adler und Karl Sommer berichteten aus der Arbeit des OV und des BV 2010 und ließen das letzte Jahr Revue passieren.

Zu Beginn hatte die Versammlung zum Gedenken an Daniela Assmann eine Schweigeminute eingelegt. Daniela Assmann war nach langer schwerer Krankheit im Alter von 36 Jahren verstor-

ben. Sie war seit 2008 Mitglied im Personalrat beim HZA Hamburg-Hafen. Früher war Daniela Assmann auch in der bezirklichen Jugend- und Auszubildendenvertretung bei der damaligen OFD Hamburg aktiv.

Hiernach war es schwierig, zur Tagesordnung überzugehen. Wahlen standen in diesem Jahr nicht auf dem Programm. Nach Abhandlung der ersten formalen Punkte der Tagesordnung und des Kassenberichts von Holger Riemann und der nach dem Bericht der Rechnungsprüfer erfolgten Entlastung des Vorstandes ging Adler in seinem Bericht unter anderem auf die Einkommensrunde 2010 ein. Der OV nahm am 31. Januar 2010 und am 9. Februar 2010 an zwei Protestveranstaltungen des BDZ und dbb in Potsdam und Berlin teil. In Potsdam haben wir Ende Januar 2010 am Tagungsort der Tarifverhandlungen vor Beginn der dritten Verhandlungsrunde zusammen mit anderen Mitgliedern von BDZ und dbb unserem Unmut über die Haltung der Arbeitgeber Luft gemacht. Am 9. Februar 2010 ging es auf der zentralen Protestveranstaltung des BDZ in einem eindrucksvollen Demonstrationzug von der Geschäftsstelle des dbb durch die Straßen der Bundeshauptstadt zum Bundesfinanzministerium in der Wilhelmstraße. Auf der Abschlusskundgebung von BDZ und dbb tarifunion machten die Redner, BDZ-Chef Klaus Leprich und der stellvertretende Vorsitzende der dbb tarifunion, Willi Russ, den Standpunkt und die Argumente der dbb tarifunion deutlich. Obwohl der OV Hamburg-Hafen diesmal mit einer großen Anzahl an Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei den beiden Protestveranstaltungen vertreten war, hätte sich der OV-Vorsitzende doch eine größere Beteiligung aus der Mitglieder- und Kollegenschaft gewünscht. Die nächste Tarifrunde

ist 2012 und hier sind wieder alle aufgerufen, dann für ihre Interessen auf die Straße zu gehen und sich an den Aktionen von BDZ und dbb zu beteiligen.

Im Frühjahr 2010 nahm der OV mit dem Vorsitzenden und Katrin Hinkeldey turnusgemäß an der Sitzung des Bezirkshauptvorstandes im Bürgerhaus Wilhelmsburg teil. Hier fanden unter anderem die Wahlen der Delegierten und Gastdelegierten für den Bundesgewerkschaftstag im Oktober 2010 in Magdeburg statt. Außerdem hielt der Bundesvorsitzende des BDZ, Klaus-H. Leprich, als Ehrengast ein Grundsatzreferat über die aktuelle Lage in der Zollverwaltung. Die Nominierung des BV-Vorsitzenden Christian Beisch für eine Kandidatur zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurde hier noch einmal bekräftigt. Der OV-Vorsitzende wurde bei dieser Veranstaltung zum Delegierten gewählt. Außerdem hat der OV ein Mandat für einen Gastdelegierten bekommen, das von Christian Berzl im Oktober wahrgenommen wurde.

Ein weiterer Punkt des Berichts war die Wahl von Katrin Hinkeldey zur Gleichstellungsbeauftragten des HZA Hamburg-Hafen. Im Oktober 2010 nahmen Jens-Uwe Adler und Christian Berzl als Delegierte bzw. Gastdelegierte am Bundesgewerkschaftstag in Magdeburg teil. Außerdem war Adler als Mitglied in die Antragskommission Dienstrecht durch den BV entsandt worden.

Im Dezember 2010 wurden wieder die Adventskalender verteilt und Silvester fand die jährlich wiederkehrende Berliner-Aktion statt, über die in der letzten Ausgabe des BDZ-Magazins berichtet wurde. Außerdem hat der OV zu Gesetzes- und Verordnungsvorlagen Stellungnahmen an den BV abgegeben und war im Nord-Maga-

zin mit einigen Artikeln (Eilkompetenz, Zurruesetzungen et cetera) vertreten.

Jens-Uwe Adler ging noch auf verschiedene Themen, die das HZA Hamburg-Hafen betreffen, ein. Unter anderem wurde der im Frühjahr erfolgte Umzug der Abfertigung Waltershof ins Hauptgebäude und die Zukunft

ging unter anderem auf die Themen Stellenausschreibungen, ARZV, neues Beurteilungssystem und Lobbyarbeit näher ein. Wir verzichten hier auf eine ausführlichere Darstellung, da hierüber bereits mehrfach in den Medien des BDZ und unseres BV schon an anderer Stelle berichtet wurde. In der anschließenden Diskussion nahm Karl Sommer zu



> Kollege Adler (stehend) bei seinem Geschäftsbericht.

der Freizone thematisiert. Außerdem wurde das Thema Lobbyarbeit angerissen, was später Karl Sommer in seinem Vortrag mit Beispielen aus der praktischen Gewerkschaftsarbeit unterfütterte.

Karl Sommer ließ in seinem Vortrag das Jahr Revue passieren von den Kundgebungen zur Gehaltsrunde bis zum Gewerkschaftstag in Magdeburg. Er

Fragen und Meinungsäußerungen aus dem Plenum Stellung. Hier interessierten die Kolleginnen und Kollegen unter anderem die Themen: „Zukunft der Freizone, Stellenausschreibungen, Beurteilungssystem, Presse und Öffentlichkeitsarbeit.“ Aus dem Plenum wurde der Wunsch nach einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit geäußert.

*Jens-Uwe Adler*

## Die Beihilfestelle des SC Rostock informiert:

### Arzneimittelrabatte nach dem Arzneimittelneuordnungsgesetz (AMNOG)

Mit Wirkung vom 1. Januar 2011 ist das aus dem AMNOG resultierende „Gesetz über Rabatte für Arzneimittel“ (AMRabG) in Kraft getreten. Damit haben nun auch die Träger der Beihilfe gegenüber pharma-

zeutischen Unternehmen Anspruch auf Gewährung von Arzneimittelrabatten und tragen so zur Entlastung des Haushalts bei.

Um die Rabatte geltend machen zu können, werden **Rezeptbelege** mit Kaufdatum ab 1. Januar 2011, auf denen rabattfähige verschreibungspflichtige Arzneimittel mit einem Apothekenverkaufspreis

über 50 Euro verordnet wurden, **nicht mehr an die Beihilfeberechtigten zurückgesandt**, sondern vorübergehend in der Beihilfestelle archiviert, um die gesetzlich vorgesehene eventuell treuhänderische Prüfung der Rabatte zu ermöglichen. Anschließend werden die Belege vernichtet.

**Aus diesem Grund sollten auch keine Originale mehr eingereicht werden** (gemäß § 51 BBhV ist es ohnehin ausreichend, wenn dem Beihilfeantrag Zweitschriften der erforderlichen Belege beigelegt werden, von deren Rücksendung die Beihilfestelle absehen kann).

Gemäß § 4 AMRabG ist ab dem 1. Januar 2011 weiterhin auf dem Rezeptbeleg das **Apotheken-Kennzeichen (IK)** in lesbarer Form zu hinterlegen, da es für die Abwicklung der Rabatte zwingend benötigt wird.

Bitte achten Sie beim Einlösen eines Rezeptes in der Apotheke

darauf, dass stets das siebenstellige Apotheken-Kennzeichen (IK) auf dem Rezept aufgedruckt ist. Andernfalls kann mangels prüfbarer Belegs keine Beihilfefestsetzung für diese Aufwendungen erfolgen.

*Ihre Beihilfestelle Rostock  
Stand: 20. Januar 2011*

## Neues aus dem Ortsverband Rostock



> Blick in die Versammlung.

Am Donnerstag, den 20. Januar 2011, fand um 16:30 Uhr in der Hafenkantine des Fischereihafens die ordentliche Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Rostock statt. Trotz der grassierenden Erkältungswelle war die Veranstaltung gut besucht. Begrüßt werden konnten unter anderem auch die Vorsitzende des Ortsverbandes Wismar, Kollegin Birgit Kühling, und der Vorsitzende des benachbarten Ortsverbandes Stralsund, Kollege Axel Böhning. Nachdem der Vor-

stand Rechenschaft über die geleistete Arbeit abgelegt hatte, standen satzungsgemäß Neuwahlen an. Als Wahlleiter fungierte in bewährter Manier Kollege Hubert Herzog, der ehemalige Vorsitzende des früheren Bezirksverbandes Mecklenburg-Vorpommern. Nach vorangegangener erfolgreicher Satzungsänderung gehört zu den bisherigen Vorstandsmitgliedern, die bis auf den Kollegen Ewald Wysgalla (trat aus Altersgründen nicht erneut an; Nachfolger als Vertreter der

Senioren wurde Kollege Peter Heisig) alle erfolgreich wiedergewählt wurden, mit Kollegin Gudrun Dobbartin auch erstmals eine Ansprechpartnerin für die Tarifbeschäftigten.

Auch in der Funktion des Rechnungsprüfers gab es einen personellen Wechsel. Altersbedingt gab Dietmar Gerstenberg nunmehr den Staffelstab an den Kollegen Norbert Natzel ab. Der alte und neue Vorsitzende des Ortsverbandes – Heiko Look – bedankte sich im

Namen aller Mitglieder sowohl bei Dietmar Gerstenberg als auch beim Kollegen Ewald Wysgalla für die langjährig geleistete Arbeit mit einem kleinen Präsent. Im Anschluss an die Wahlen berichtete dann Axel Böhning über aktuelle Tendenzen und Entwicklungen in der Verwaltung. Abschließend genossen alle das schmackhafte Neujahrsbuffet und nutzten die gute Gelegenheit zum Plaudern.

*S. Knoth*



> Der OV-Vorstand.

## Einladung zur 7. Deutschen Zollmeisterschaft Erfurt 2011

Die Deutsche Zollsporthilfe e.V. möchte Sie recht herzlich unter dem Motto „Rendezvous in der Mitte Deutschlands“ zu den 7. Deutschen Zollmeisterschaften vom 24. bis 25. Juni

2011 nach Erfurt einladen. Bei den bisherigen Zollmeisterschaften in Saarbrücken, Sommerhausen (Franken), Hanau, Berlin, Köln und Edenkoben (Pfalz) fanden sich durch-

schnittlich 1 500 Zöllner, um in den Disziplinen Fußball, Volleyball, Geländelauf und Mountainbike ihre Kräfte zu messen. Die Abendveranstaltung mit ihren Sportlern und Gästen

rundet eine solche Veranstaltung würdig ab. Erstmals werden in der Disziplin Geländelauf 5, 10 Kilometer und 4 x 2,5 Kilometer Staffellauf auch weitere Behörden (zum Beispiel Polizei, Feuerwehr, Verfassungsschutz, Finanzämter, Gemeinden et cetera) zugelassen. Das Hauptzollamt Erfurt unterstützt als Ausrichter

die Veranstaltung mit sehr viel Engagement. Wir hoffen auf eine rege Teilnahme und wünschen Ihnen eine verletzungs-

freie Vorbereitung. Weitere Informationen, insbesondere die Ausschreibung, finden Sie unter [www.deutsche-zollsporthilfe.de](http://www.deutsche-zollsporthilfe.de)

### Folgender Programmablauf ist vorgesehen:

#### Freitag 24. Juni 2011

10:00 Uhr Eröffnungsfeier

12:00 bis 18:00 Uhr Vorrundenspiele Volleyball/Fußball

16:00 Uhr Mountainbike

18:00 Uhr Staffellauf (4 x 2, 5 km)

kleine Siegerehrungen Mountainbike und Staffellauf an den Wettkampfstätten

#### Samstag 25. Juni 2011

09:00 bis 17:00 Uhr Vorrunden- und Endrundenspiele Fußball/Volleyball

11:00 Uhr 10 km Geländelauf

11:10 Uhr 5 km Geländelauf

kleine Siegerehrungen Fußball, Volleyball und Geländelauf an den Wettkampfstätten

18:00 Uhr Einlass/Abendveranstaltung Thüringenhalle Erfurt

ca. 20:30 Uhr Ehrungen und Siegerehrung Deutsche Zollmeister

ca. 04:00 Uhr Veranstaltungsende

#### Zugelassene Teilnehmerzahlen:

Fußball: 48 Mannschaften (3 Spielfelder = 6 Kleinfelder)

Volleyball: 48 Mannschaften (2 Hallen = 6 Plätze)

Geländelauf: 400 Läufer/Staffel (4 x 2,5 km), 5 und 10 km

Mountainbike: 70 Biker

Abendveranstaltung: 1 800 Personen

### Naviadresse:

Eröffnungsfeier/Sportlermeile/Fußball/Geländelauf/Mountainbike  
Cyriaksgebäude, Gothaer Str. 67, 99094 Erfurt

Thüringenhalle (Abendveranstaltung)  
Werner-Seelenbinder-Straße 2, 99096 Erfurt

Volleyball: Sportgymnasium, Pierre de Coubertin,  
Mozartallee 4, 99096 Erfurt/Riethsporthalle, Essener Str. 20, 99089 Erfurt

Weitere Informationen, insbesondere Ausschreibung und Anmeldung zu den Disziplinen, finden Sie unter [www.deutsche-zollsporthilfe.de](http://www.deutsche-zollsporthilfe.de).

Quelle: Deutsche Zollsporthilfe

# Termine und Veranstaltungen im BV Nord

#### 7. März 2011, 15:00 Uhr

Mitgliederversammlung des OV Hamburg-Ruhestand,  
Polizeisportheim, Sternschanze 4, 22357 Hamburg

#### 10. März 2011, 16:30 Uhr

Jahreshauptversammlung des OV Hamburg-Zollfahndung,  
Zollfahndungsamt Hamburg, Sieker Landstraße, Hamburg

#### 16. März 2011, 17:00 Uhr

Jahreshauptversammlung OV Kiel, Vereinsheim der  
Marinekameradschaft, Düsternbrooker Weg, Kiel

#### 17. März 2011, 10:30 Uhr

Sitzung des Bezirkshauptvorstandes, Bürgerhaus  
Wilhelmsburg, Mengestraße 20, 21107 Hamburg

#### 28. März 2011, 19:00 Uhr

Jahreshauptversammlung des OV Flensburg,  
Kantine Ex HZA Flensburg, Waldstraße 20, Felsburg

#### 29. März 2011

Jahreshauptversammlung OV Ostholstein,  
Beginn und Ort der Veranstaltung wird den Mitgliedern  
des OV rechtzeitig bekannt gegeben

#### 4. April 2011, 15:00 Uhr

Mitgliederversammlung des OV Hamburg-Ruhestand,  
Polizeisportheim, Sternschanze 4, 22357 Hamburg

#### 14. März 2011, 16:15 Uhr

Jahreshauptversammlung OV Hamburg-Jonas,  
Restaurant Al Lido, Amsinckstraße 70, 20097 Hamburg

#### 14. März 2011, 15:00 Uhr

Zusammenkunft der BDZ-Senioren Kiel, Vereinsheim  
der Kanu-Vereinigung Kiel e.V., Düsternbrooker Weg 44,  
24105 Kiel, Telefon: 0431.5666 74

#### 2. Mai 2011, 15:00 Uhr

Mitgliederversammlung des OV Hamburg-Ruhestand,  
Polizeisportheim, Sternschanze 4, 22357 Hamburg

#### 20. Mai 2011, 17:00 Uhr

Jahreshauptversammlung OV Lübeck, Restaurant  
Bootshaus LRG, Hüxtertorallee 4, 23564 Lübeck

#### 6. Juni 2011, 15:00 Uhr

Mitgliederversammlung des OV Hamburg-Ruhestand,  
Polizeisportheim, Sternschanze 4, 22357 Hamburg



# Ortsverband Hamburg – Ruhestand – Ausflug in den Hamburger Hafen

Wiederholt hat der Ortsverband von seinen Aktivitäten berichtet, die weiterhin viel Zustimmung erfahren. Von verantwortlicher Seite werden Anregungen und Wünsche aus dem Kreis der Kolleginnen und Kollegen aufgenommen und durchgecheckt, ob diese auch organisatorisch umgesetzt werden können. Die Kostenseite spielt hierbei natürlich – wie überall im Leben – eine entscheidende Rolle.

Zurzeit wird ein wiederholt gestellter Wunsch auf seine Machbarkeit geprüft, der ganz zufällig deshalb besonders interessant erscheint, weil der

OV Ruhestand durch die Auflösung des OV Pinneberg etliche neue Mitglieder hinzubekommen hat. Es kann getestet werden, ob sich der Kreis derer erweitert, die gerne an den Gemeinschaftsveranstaltungen ihres OV teilnehmen möchten.

Für den **22. Juni 2011** plant der OV eine Hafensrundfahrt als Sondertour für geschlossene Gruppen, durchgeführt von der Jasper Rund- und Gesellschaftsfahrten GmbH. Der übliche Basispreis beträgt 28 Euro pro Person und wird nach festgelegtem Schema durchgeführt. Als Gruppe kann Tag, Uhrzeit, Abfahrtsort und

Endpunkt der dreistündigen Rundfahrt individuell festgelegt werden. Und der **Preis kann erheblich gemindert werden.**

Mit Tourenbegleiter und Sondergenehmigung ausgestattet, geht es „mit blinkenden Warnleuchten“ direkt auf die Containerterminals. Vorbei an riesigen Containerbergen und Seite an Seite mit Transtainern und Rahmenstaplern. Gezeigt wird das gewaltige Areal des Hafens, die neueste Generation der Super-Containerbrücken und die futuristischen, fahrerlos elektronisch gesteuerten Transportplattformen im Containerhafen Altenwerder.

Im Bus können 48 bis 57 Personen befördert werden. Die Teilnehmerzahl bestimmt letztlich den Preis pro Person.

Im Ergebnis kann der genannte Basispreis personenabhängig spürbar gesenkt werden! Deshalb würde sich der Vorstand des Ortsverbandes über eine rege Beteiligung sehr freuen. Jede Meldung hilft allen teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen erheblich! Die Vergangenheit hat es schon wiederholt gezeigt: **gemeinsam sind wir stark und ... preiswert!**

*Der OV-Vorstand*

## Basta!

Vör Överraschungen is man hüt to Dag nich mehr seeker! – Kreeg ick doch Post ut Rostock, weest ja, disse brune Umschlag: Beihilfe. Na, denk ick, dat güng ja fix mit miene Beihölp. Ick kiek denn Bescheed an un kriech ganz grote Ogen: Null Komma Nix för de Reken und dat Attest för mien Fru! Na, denk ick, wat is denn da scheef loopen?

Computertext: „Ehegattinnen und Ehegatten des Antragstellers sind nur dann berücksichtigungsfähige Angehörige, wenn der Gesamtbetrag ihrer Einkünfte (...) im zweiten Kalenderjahr vor Beantragung der Beihilfe 17 000 Euro nicht übersteigt. Der Gesamtbetrag ist durch Vorlage einer Ablichtung des Steuerbescheids nachzuweisen (§ 4 Abs. 1 BBhV).

Wenn Sie eine Nachberechnung wünschen, dann schicken Sie uns den Steuerbescheid 2009 bitte zu.“

Fazit: Keen Stüerbescheed – keen Geld – Basta! Allein de Snack: Wenn Sie eine Nachberechnung wünschen! – Dat grenzt all an Zynismus!

Klar! Ick will mien Geld hä'm, dat mi tosteit! Sünd de Lüüd in

Rostock nu ganz narrsch wor'n? – Een kotte Telefonanroop bi mi, un de ganze Arger wär vun de Welt! Lieve Lüüd in Rostock! Is bi Juch de Bürokratismus utbraken? Man kann doch dat ook up een menschlikere Art maken, denn wi Andrachstellers sünd man ook bloß Minschen!

*Moin, moin!  
Hinnerk ut Flensburg*